

ÜBRIGENS

Eine neue Studie der Bertelsmann-Stiftung empfiehlt, was ehrenamtliche Flüchtlingsbegleiter in Tübingen und drumherum schon lange fordern: Asylsuchende sollten schon während der Bearbeitungszeit ihres Antrags Deutsch lernen können.

Asylkreise brauchen politischen Beistand

Auch, um ihnen die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Die Ehrenamtlichen an der Basis machen bereits, was die Politiker im Land noch regeln müssen. Die Helfer versuchen, Flüchtlinge in ihrem Dorf oder Stadtteil sofort zu unterrichten. Sie tun das im Bewusstsein, dass sie als Lehrer für Deutsch als Fremdsprache eigentlich nicht qualifiziert sind. Dabei tauchen viele Schwierigkeiten auf. Kaum ein Muttersprachler kennt griffige Regeln zum Gebrauch der Artikel im Deutschen. Die sind manchen Flüchtlingen kaum zu vermitteln, weil ihre Sprache – zum Beispiel Arabisch – ohne auskommt. Andere Schutzsuchende haben nie Lesen und Schreiben gelernt. Oder sie haben den Kopf nicht frei fürs Lernen, weil sie von der Flucht traumatisiert sind und das Fußfassen in Deutschland ihnen schwer fällt.

In Tübingen hat sich vieles gut gefügt. Hier gibt es eine Sprachschule, die darauf spezialisiert ist, Deutsch als Fremdsprache zu lehren. Deren Inhaber Adelheid Kumpf und Niels Stock haben sich schon in anderen Projekten engagiert. Außerdem hat die Stadt mit Gertrud van Ackern eine Beauftragte für Bürgerengagement, die sich des komplexen Themas annahm. Gemeinsam haben sie

und Adelheid Kumpf ein kostenloses Angebot entwickelt, das auf Anhieb deutlich überbucht war.

Weil der Bedarf an Qualifizierung immens ist, haben beide flugs noch eine kostenlose Fortbildung mit Hospitation konzipiert. An ihr wirken auch die Tübingerin Krishna-Sara Helmle, Fachfrau für einfache Sprache, und die Tübinger Integrationsbeirätin Emese Tömösvári, eine Trainee für Interkulturelle

Kommunikation, mit. Ein tolles Angebot, das die Stadt finanziert. Die Fortbildungsreihe ist auch eine Anerkennung für das Engagement.

Über die städtische Ebene hinaus gilt: Ehrenamtliche, die in Asylkreisen mitarbeiten, fordern mehr staatliche Unterstützung. Sie haben das Gefühl, dass sie eigentlich öffentliche Aufgaben übernehmen. Aus Humanität. Das Gespräch mit Aktiven zeigt auch, dass ihnen neben der Sprachvermittlung weitere Themen auf der Seele brennen – etwa die oft schlechte Ausstattung der Unterkünfte, die Abschiebung von Flüchtlingen, die Dublin-III-Verordnung, fehlende Sozialwohnungen und Vorurteile gegen schutzsuchende Minderheiten.

Die Unterstützer professionalisieren sich immer mehr und kennen sich aus im Asylrecht. Ein Thema, das auch beim Runden Tisch der Stadt zur Integration von Flüchtlingen ansteht. Für viele Ehrenamtliche ist klar, wo es politisch hingehen muss: Das zehn Jahre alte Zuwanderungsgesetz muss durch ein neues Einwanderungsgesetz abgelöst werden. Eine Forderung, die kontrovers diskutiert, aber inzwischen auch trotz parteiinterner Kritik von CDU-Generalsekretär Peter Tauber unterstützt wird. Zu Recht. UTE KAISER